



BRIEF AUS BERLIN – NR. 34/2016 – Sondernewsletter zum Brexit

Inhalt

Aus dem Bundestag

- + Nach dem Referendum: Brexit und die Folgen für die EU und die Briten

In einer Sondersitzung hat sich der Bundestag heute mit dem Brexit und dem nun feststehenden Ausscheiden Großbritanniens aus der EU befasst. Dabei ging es besonders um die Folgen der historischen Entscheidung für Europa, für Deutschland und für Großbritannien.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) machte in ihrer Regierungserklärung deutlich, dass sie nach dem Brexit-Votum die Europäische Union stärken wolle und Großbritannien keine Sonderrolle zugestehen wolle. «Wir werden sicherstellen, dass die Verhandlungen nicht nach dem Prinzip der Rosinenpickerei geführt werden». Merkel forderte die übrigen EU-Mitgliedsstaaten dabei zu Geschlossenheit auf. «Die Europäische Union ist stark genug, um den Austritt Großbritanniens zu verkräften.» Die Kanzlerin stellte klar, London könne nach dem Anti-EU-Votum nicht erwarten, dass alle Pflichten entfielen, die Privilegien aber bestehen blieben. Die Briten dürften nicht glauben, sie könnten den Ablauf der Austrittsverhandlungen bestimmen. «Es muss und es wird einen spürbaren Unterschied machen, ob ein Land Mitglied der Familie der Europäischen Union sein möchte oder nicht.»

Der SPD geht dies allerdings noch nicht weit genug: SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann verlangt noch mehr Härte gegenüber Großbritannien bei Verhandlungen über den EU-Austritt. «Es darf keine Belohnung für den Austritt, keine Prämie für Nationalismus und Europafeindlichkeit geben», hob Oppermann in seiner Erklärung hervor. Dies müsse Kanzlerin Angela Merkel (CDU) beim EU-Gipfel deutlich machen. Auch solle Merkel darauf pochen, dass London so schnell wie möglich den Antrag für den Austritt stellt. „Europa könne keine Hängepartie gebrauchen. Monatelange Unsicherheit schade der britischen, der deutschen und der europäischen Wirtschaft“, so Oppermann. SPD-Generalsekretärin Katarina Barley rief dazu auf, «unverzüglich» das Verfahren nach Artikel 50 des EU-Vertrags von Lissabon einzuleiten.

«Wir brauchen jetzt keine Taktiererei, sondern unverzüglich Klarheit», fügte Barley hinzu. Ebenso müsse nach ihrer Ansicht der britische Premierminister David Cameron umgehend handeln. Camerons Ankündigung, erst im Herbst zurückzutreten und die Entscheidung über Artikel 50 seinem Nachfolger zu überlassen, sei «befremdlich». Der Ausgang des Referendums vergangene Woche erfordere, «dass man darauf reagiert und nicht einfach den Kopf in den Sand stecke», sagte sie. Die SPD-Generalsekretärin mahnte, dass Großbritannien in den anstehenden Verhandlungen keinen besseren Status erhalten dürfe. Wenn sich Staaten der Pflichten der EU-Mitgliedschaft entledigen und die Vorteile trotzdem behalten könnten, werde die Europäische Union «ad absurdum geführt». Ähnlich klar äußerte sich auch Norbert Spinrath, europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Ich bedauere ebenso den Wunsch der Britinnen und Briten, aus der Europäischen Union ausscheiden zu wollen, aber respektiere diese Entscheidung. Nachdem die Entscheidung gefallen ist, müssen wir konsequent bleiben und uns mit dem Gedanken einer Europäischen Union aus nun 27 Mitgliedsstaaten anfreunden. Der Ausgang des Referendums ist klar und deutlich eine Zäsur und zeigt, dass sich die Europäische Union reformieren muss. Die Angst in der englischen Gesellschaft vor einer Dominanz der Europäischen Union darf nicht dazu führen, dass sich dies auf andere Mitgliedsstaaten der EU überträgt. Wir müssen jetzt konsequent bleiben und einen schnellen Austritt Englands fordern, um endlich Klarheit zu erlangen.

Diesen Prozess sollten wir aus sozialdemokratischer Sicht mit einem neuen Fokus begleiten: den Fokus auf eine soziale Union. Wir müssen den Brexit als Chance nutzen, aus der allgemeinen Verunsicherung Stärke zu ziehen, um die lang angemahnten Reformen auf europäischer Ebene endlich voranzubringen, die dann von der großen Masse der europäischen Bevölkerung auch getragen werden.



Martin Rabanus, MdB

Zitate aus der Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 28. Juni 2016

Angela Merkel (CDU):

«Es muss und es wird einen spürbaren Unterschied machen, ob ein Land Mitglied der Familie der Europäischen Union sein möchte oder nicht. Wer aus dieser Familie austreten möchte, der kann nicht erwarten, dass damit alle Pflichten entfallen, die Privilegien aber weiter bestehen bleiben.»

Thomas Oppermann (SPD):

«Mit Großbritannien verliert die Europäische Union ihre zweitstärkste Volkswirtschaft. (...) Wenn Großbritannien jetzt auch noch aus dem Binnenmarkt ausscheiden sollte, dann wäre das für Deutschland, dann wäre das für die deutsche Wirtschaft keine gute Nachricht.»

Volker Kauder (CDU):

«Aber jetzt muss eine neue Geschichte erzählt werden, was dieses Europa ausmacht. Und sie wird sicher nicht nur aus den nackten Fakten und Aufgaben bestehen können, sondern auch aus einer gewissen Emotion. Wenn es nicht gelingt, Europa in den Herzen der Menschen zu verankern, wird es sehr schwer für Europa, in Zukunft die gute Geschichte zu erzählen.»

Katarina Barley (SPD):

«Meine Kinder haben vier Großeltern aus vier europäischen Ländern, die über Jahrhunderte viele Kriege gegeneinander geführt haben. Und mir ist das sehr ernst: Ich möchte nicht sehen, dass meine Kinder oder irgendetwas von uns wieder in eine Welt zurückkommt, wo sich Staaten gegeneinander aufstellen. Und dafür brauchen wir eine starke Europäische Union.»

Katrin Göring-Eckardt (Grüne):

«Für uns alle hier im Land ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Großbritannien immer Teil Europas war. Engländer, Schotten, Waliser, Nordiren, London – sie gehören zu Europa. (...) Dieses Signal, Ihr seid Europäerinnen und Europäer, das muss bleiben.»

Dietmar Bartsch (Linke):

«Brüssel ist seit vielen Jahren der Prügelknabe für so ziemlich alles. Immer wenn national was schief geht, im Übrigen auch bei Ihnen, dann geht es nach Brüssel.»

Gerda Hasselfeldt (CSU):

«Schnellschüsse, irgendwelche Schuldzuweisungen oder gar ein Briten-Bashing ist fehl am Platz.»

Quelle: AFP